Die Seite des SOG-Vorstandes : Armee im Spannungsfeld

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **171 (2005)**

Heft 11

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Armee im Spannungsfeld

Die Armee hat den Status der Selbstverständlichkeit verloren. Wer sie heute noch als «heilige Kuh» tituliert, verkennt die Zeichen der Zeit. Sie steht unter den gleichen Einflüssen des Zeitgeistes wie andere Institutionen dieses Landes. Auch zu einer Armeevorlage kann man kaum mehr einfach Ja oder Nein sagen. Je nach Gewichtung aller Rahmenbedingungen kommt man zu einem «eher Ja» oder «eher Nein». Die Armeeplanung muss innerhalb des schweizerischen Koordinatennetzes mindestens fünf Einflusszonen berücksichtigen und unterscheidet sich darin teilweise vom Ausland.

Am Anfang steht die Bedrohung

Sicherheitspolitische Massnahmen richten sich nach einer Skala von Bedrohungen. Die herkömmliche militärische Bedrohung hat sich verringert, andere, nicht militärische Risiken und Gefahren haben zugenommen. Das stellt schon der Bericht 2000 fest.[1] Entsprechend tief stuft die Bevölkerung heute die Wichtigkeit der militärischen Sicherheit ein.[2] Terroristische Anschläge der jüngeren Vergangenheit (11. September 2001 in den USA, 24. März 2004 in Madrid, 7. Juli 2005 in London) richten das Augenmerk auf eine Form der Gewalt, die öffentliche Angst erzeugt. Kein Mittel zur Gegenwehr bürgt für den sicheren Erfolg, selbst der mächtigste Staat der Welt ist dem Terrorismus ausgeliefert, wenn dieser seine gnadenloseste Fratze zeigt. Und doch gehört es zu den sicherheitspolitischen Zielen der Schweiz, dass im Innern des Landes wie europa- und weltweit vitale Systeme funktionsfähig bleiben sollen.[3] Bedroht sind sie durch die Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle. Mit seinen sicherheitspolitischen Instrumenten (Aussenpolitik, Armee, Bevölkerungsschutz, Wirtschaftspolitik, wirtschaftliche Landesversorgung, Staatsschutz, Polizei, Information) versucht der Kleinstaat Schweiz eine Strategie zu verfolgen, die sowohl den zurzeit wahrscheinlichsten Bedrohungen als auch einer allfälligen Verschärfung der Lage gewachsen ist. Wesentlich dabei ist, dass diese Instrumente aufeinander abgestimmt werden und wirkungsvoll zusammenarbeiten. Die gewandelte Bedrohung ruft nach einer besseren Vernetzung der Mittel. Eine sture Trennung zwischen Zivil und Militär ist nicht mehr möglich. Das gilt in der jetzigen Lage insbesondere für die Armee.

Das Armeeleitbild XXI

Mit der Armee XXI erhielt die Schweiz ein flexibles Instrument, das dazu beitragen soll, die drei strategischen Aufgabenpakete *Friedensförderung und Krisenbewältigung, Prävention und Bewältigung existenzieller Gefahren* sowie *Verteidigung* wahrzunehmen. Die Reihenfolge wurde nach der Eintretenswahrscheinlichkeit gewählt.[4] In den ersten zwei Bereichen leistet die Armee zurzeit ununterbrochen Einsätze. Ihre Partner sind einerseits die Instrumente der Aussenpolitik (die federführend sein muss bei der Auswahl der Krisenherde, wo ein Friedensförderungseinsatz der Armee Sinn macht) und andererseits jene der inneren Sicherheit. Auf beiden Gebieten verfügt die Schweiz über keine grossen Erfahrungen, und beide Einsatzformen geraten zunehmend ins Schussfeld. Die Gründe sind vielfältig und haben doch einen gemeinsamen Kern: Wir sind nicht gewohnt, dass Armeeeinsätze ständig hinterfragt werden.

Der Schweiz fehlt die aussenpolitische Tradition, sie bewegt sich zwar seit der Wende 1989 selbstbewusster auf dem internationalen Parkett und trat 2002 der UNO bei. Im Prinzip findet die grosse Mehrheit der Bevölkerung den freiwilligen Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland richtig. Im Vordergrund stehen soll allerdings mehr der unterstützende Charakter als der friedenssichernde Einsatz, welcher die Bewaffnung zum Selbstschutz voraussetzt.[5] Die Zahl jener Armeeangehörigen, die auf einen Auslandeinsatz zurückblicken, ist verhältnismässig klein. Sie bewerten ihre Erfahrungen mehrheitlich positiv und erkennen durchaus einen Sinn in diesem Auftrag. Ihre Aussagen entfalten jedoch wenig Breitenwirkung.

Anders verhält es sich mit der Anzahl Armeeangehöriger, die in den letzten Jahren in der subsidiären Existenzsicherung eingesetzt waren. Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen jenen, die ihren Dienst an einem WEF oder G8-Gipfel geleistet haben, und jenen, die bereits wiederholt zum Schutz von Botschaften aufgeboten wurden. Obwohl beide Einsatzarten in Partnerschaft mit der Polizei einhergehen, sorgt nur der zweite für Unmut, und zwar bei beiden Partnern. Ein wesentlicher Grund ist, dass er sich, anders als es das Armeeleitbild vorgesehen hatte, zum Dauereinsatz entwickelt hat. Dieser Unmut hat jedoch Folgen, die weit über den militärischen Alltag hinausreichen. Sie rütteln vielmehr an den Grundfesten unseres sicherheitspolitischen Instrumentariums. Mehrere Eigenheiten des schweizerischen Systems sind betroffen:

- Der Föderalismus, d. h. die Kompetenzausscheidung zwischen Bund und Kantonen; zurzeit schiebt man einander den schwarzen Peter zu;
- Die international vernetzte Wirtschaft, die nicht länger bereit ist, ihre Arbeitskräfte für einen Auftrag abzugeben, der nicht armeekonform sei;
- Die Milizkader, die sich unterfordert fühlen, wenn die Einsatzverantwortung nicht bei der Armee, sondern bei den zivilen Behörden liegt.

Unter Beschuss geraten sind damit jene Besonderheiten unseres Staatswesens, die immer wieder neu ausgehandelt werden müssen, für die es keine Patentrezepte gibt und deren Labilität immer dann aufscheint, wenn Grenzbereiche betroffen sind. Faktum ist, dass dem Bund 600 Polizisten fehlen für seine Aufgaben (wozu u. a. die internationale Verpflichtung gehört, diplomatische Niederlassungen zu schützen), dass die Kantone ein Defizit von 1000 Polizisten für Aufgaben ihrer eigenen Polizeihoheit ausweisen. Die Armee ist Opfer dieser unbewältigten Situation der Politik. Und sie läuft jetzt Gefahr, deswegen nachhaltig Schaden zu nehmen.

Polarisierung und Zeitgeist

Die Sicherheitspolitik leidet besonders unter den beiden Extrempositionen von links und rechts in der politischen Landschaft. Diesen Graben kann die Armee nicht nur nicht zuschütten, sie gibt vielmehr immer wieder Anlass, dass er aufgerissen wird. Dieser Zustand wird auf die Dauer unerträglich.

Die Armee schweizerischer Prägung ist auf ein Wertgebäude angewiesen, das nun zunehmend Löcher aufweist. Uneigennützig etwas mehr für die Allgemeinheit zu leisten als der Durchschnitt –, viele sind dazu zwar immer noch bereit. Sie erwarten jedoch Gegenleistungen, unter anderem Perfektion. Kann die Armee, der Spiegel unserer Gesellschaft, da mithalten? Unvollkommenheit, Fehler in der Führung, vielfach ausgelöst durch Personalknappheit, ganz zu schweigen von administrativen Pannen, wiederholen sich, sind jedoch nicht immer vermeidbar. Doch sie wiegen im heutigen Klima der Nulltoleranz schwer. Und sie sind dankbare Stofflieferanten für gewisse Medien. Dadurch gerät die Armee in ein permanentes Negativfeld, das vor allem jene Kräfte gerne nutzen, die mit der militärpolitischen Ausrichtung nicht einverstanden sind. Der Kreis schliesst sich.

(Fortsetzung auf Seite 34 unten)

[1] SIPOL B 2000, S. 28
[2] Sicherheit 2005, S. 57
[3] SIPOL B 2000, S. 28
[4] SIPOL B 2000, S. 32
[5] Sicherheit 2005, S. 16

Die Confédération Interalliée des Officiers de Réserve (CIOR)

Internationale Informations- und Erfahrungsplattform für Miliz- und Reserveoffiziere

Die Confédération Interalliée des Officiers de Réserve (CIOR) wurde im Jahre 1948 von den Reserveoffiziersgesellschaften Frankreichs, Belgiens und der Niederlande in Brüssel gegründet. Nach Gründung der NATO im Jahre 1949 traten die Reserveoffiziersgesellschaften der NATO-Staaten der CIOR bei. Die Reserveoffiziersgesellschaften der PfP-Staaten wurden im Verlauf der 1990er-Jahre eingeladen, sich als assoziierte Mitglieder der CIOR anzuschliessen, so auch die SOG. Heute schliesst CIOR die Gesellschaften von Miliz- und Reserveoffizieren aus 32 Ländern mit rund 1,2 Mio. Mitgliedern zusammen. Grund genug für den aktuell deutschen Präsidenten, CIOR nach dem Motto «NATOs bridge to the public» zu führen.

Olivier Savoy

Oberstes Gremium der CIOR ist die Ratsversammlung. Sie setzt sich zusammen aus den Ländervertretern (Vizepräsidenten bei NATO-Mitgliedern, Delegationsleiter bei assoziierten Mitgliedern) der nationalen Gesellschaften. Das Präsidium der CIOR wird jeweils für zwei Jahre gewählt und wechselt von einem NATO-Mitgliedland zum andern. Die einzelnen Arbeitsgruppen wurden entsprechend den einzelnen Aufgaben von CIOR gebildet und setzten sich zusammen aus weiteren Mitgliedern der nationalen Delegationen. Sie dienen dem Rat als vorbereitende Gremien für laufende Geschäfte und nehmen die fachlichen Verbindungen zwischen CIOR und den Mitgliedergesellschaften wahr.

Ziele und Umfeld

Ausgehend von einer politischen und personellen Unabhängigkeit der CIOR sowohl gegenüber der NATO als auch den nationalen politischen und militärischen Behörden, verfolgt CIOR folgende Zielsetzungen:

- Die Unterstützung und Stärkung der NATO und deren Mitglieder bei der Wahrnehmung ihrer sicherheitspolitischen und militärischen Aufgaben;
- Die Knüpfung und Pflege internationaler Kontakte zur Stärkung des gegenseitigen Wissens und Verständnisses;
- Die Entwicklung einheitlicher Standards für Aufgaben, Rechte, Ausbildung und Mobilisierung von Reserveoffizieren unter Berücksichtigung nationaler Unterschiede und Traditionen.

Die Verfolgung dieser Ziele erfolgt in einem Umfeld, das sich seit Beginn der 1990er-Jahre massgebend verändert. 1993 waren trotz 32 NATO-Hauptquartieren in Europa und den USA weder NATO-Operationen im Gange noch NATO-Truppen im Einsatz. Im Jahr 2005 gibt es nur noch neun NATO HQ. Hingegen sind fünf NATO-Operationen im Gange und ein Bestand von 30000 NATO-Truppen im Einsatz, wobei jeder fünfte NATO-Soldat ein Reservist ist. Parallel dazu bilden die Transformationen und Entwicklungen der nationalen Streitkräfte, die Kooperation zwischen der NATO und der EU sowie die laufende Prüfung und Aufnahme neuer NATO- und EU-Mitglieder weitere dauernde Herausforderungen. Und dies bei laufend sich verändernder Bedrohungslage und sich wandelndem Risikospektrum.

So haben heute alle Armeen, welche in den 1990er-Jahren ihre Truppen reduziert haben, Bestandesprobleme, namentlich diejenigen, welche die Wehrpflicht abgeschafft haben. Damals orientierten sie sich am Muster kleiner Interventionsstreitkräfte mit rascher Verfügbarkeit. Die meisten Einsätze der letzten Jahre haben aber gelehrt, dass auswärtige Friedenserhaltung wie einheimische Existenzsicherung sehr personalintensiv sind.

Dadurch wurde die Bedeutung der Reservisten immer wichtiger. Und selbst die USA und Grossbritannien können grössere militärische Operationen nicht ohne Reservisten führen. Diese werden hauptsächlich für Spezialfunktionen herangezogen, um so vom Know-how aus dem zivilen Umfeld zu profitieren. Die Reservisten sollen also nicht nur quantitative, sondern vor allem qualitative Lücken schliessen. Ausgehend vom Leitbild des miles protectors steht die zivil-militärische Kooperation im Vordergrund.

Erfolgreiche Schweizer an den CIOR-Militärmehrwettkämpfen 2005

An den diesjährigen Wettkämpfen in Eupen-Elsenborn, Belgien, starteten 160 Offiziere aus 16 Nationen in folgenden fünf Disziplinen: Schiessen (Sturmgewehr und Pistole), Hindernisbahn Land, Hindernisschwimmen, OL mit Distanzenschätzen und HG-Zielwurf. Die Leistungsprüfungen decken ausschliesslich militärische Fertigkeiten ab. Sich mit Offizieren anderer Länder zu messen, interessiert deshalb ganz besonders. Hervorragende Ergebnisse erzielte die Schweizer Dreier-Patrouille beim Schiessen, sie erreichte den dritten Rang. In der Gesamtrangliste erscheinen die Schweizer auf dem 17. Platz, in der Gästekategorie bedeutete dies die Goldmedaille. Die SOG gratuliert den jungen Offizieren und ihrem Delegationsleiter herzlich zur erbrachten Leistung.

(Fortsetzung von Seite 33)

Die Finanzen

Stehen die Finanzen am Schluss oder am Anfang dieses Katalogs? Sicher ist, das immer enger werdende Finanzkorsett macht die Sache nicht einfacher. Aber ausgelöst hat sie das sicherheitspolitische Patt nicht. Setzt jedoch die grosse Mehrheit in Bundesrat und Parlament den Trend fort, die Armeefinanzen als Steinbruch für andere Begehrlichkeiten zu nutzen, muss sie sich die Frage gefallen lassen, wie ernst es ihr mit einer glaubwürdigen Armee ist.

Fazit

All diese Gesichtspunkte muss berücksichtigen, wer die Vorschläge einordnen will, die der Bundesrat am 12. Mai 2005 der Öffentlichkeit präsentierte. Die Ausgangslage für eine emotionslose Beurteilung war schlecht. Die Miliz reagierte zum Teil unter dem Einruck der Amba-Centro-Einsätze missmutig, andere haben sonst noch eine offene Rechnung mit der Armeeführung und ergriffen die Gelegenheit zur Kritik. Wieder andere verneinen einen Wandel der Bedrohung seit 2001.

Mittlerweile ist ein halbes Jahr vergangen. Der Ständerat hat im Rahmen der Debatte um das Immobilienprogramm 2006 die Frage aufgeworfen, ob es wirklich vertretbar sei, fundamentale Änderungen, wie sie die Verschiebung der Kräfte von der Verteidigung zur Raumsicherung darstellen, ohne Grundsatzdiskussion und Änderung des Militärgesetzes zu vollziehen. In diesem Denkprozess bewegt sich zurzeit auch der Zentralvorstand der SOG. ■